

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 26

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Jaruzelski am Mikrophon.

sein; er hätte unserer Gewerkschaftsbewegung Widerhall im ganzen sozialistischen Lager gegeben. Das war der Alptraum der Breschnews und Suslows.

ddm: Das Hauptanliegen der Solidarnosc war es doch, den Arbeitern bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen...

xy: Sicher. Aber als Gewerkschaft konnten wir keine Reformgesetze erlassen. Die offiziellen Befugnisse lagen beim Parlament, und dieses stand total unter der Kontrolle des Parteiapparates.

ddm: In der Solidarnosc gab es interne Zwistigkeiten. Wie wichtig waren sie?

xy: Eine echte Massenbewegung kann nicht einheitlich sein. Meinungsverschiedenheiten sind unausweichlich. Sie sind auch nützlich. Wir hatten einen konservativ-katholischen Lech Walesa und einen Neulinken wie Jacek Kuron. Das hat durchaus gut funktioniert.

ddm: Und die Extremisten?

xy: Welche Gehirnwäsche haben eigentlich die westlichen Journalisten durchgemacht, dass sie auf solche Bezeichnungen kommen? Wenn ein Gewerkschaftsprecher bei uns auch nur die Möglichkeit von freien Wahlen erwähnt, dann gilt er bei euch als «Extremist». Und wenn bei euch im Westen einer das Recht auf freie Wahlen anzweifelt, dann nennt ihr ihn doch einen Faschisten, oder? Eine seltsame Logik habt ihr hier. Wieso meint ihr, dass wir von den demokratischen Grundrechten ausgeschlossen sein sollten, die für die ganze Menschheit gelten? Ist das euer Verständnis der Demokratie?

ddm: Die Leute hier betrachten die Demokratie für Polen als unrealistische Forderung; deshalb sind sie dagegen. Und sie fürchten für ihr Wohlergehen, wenn Osteuropa in Bewegung gerät. Sie sind durch die Streikbewegung in Polen verschreckt worden.

xy: Sie war ein Verzweiflungsakt gegen Hunger, Terror und Hoffnungslosigkeit. Und bitte: glaubt nicht der Propaganda, die uns als Nichtstuer und Faulpelze verleumdet. Polen ist ein Land, in dem die Arbeit hart ist und die Versorgung schlecht. Es ist die alte Waffe sämtlicher Ausbeuter, die Mitglieder der Arbeiterbewegung als faule Strolche hinzustellen. Die kommunistische Propaganda hält sich an diese Tradition.

ddm: Wie geht es weiter?

xy: Ich bin kein Prophet. Den Putschsonntag bei uns möchte ich mit dem Blutigen Sonntag von

1905 in Russland vergleichen. Damals sind dort die Hoffnungen auf Evolution und Oeffnung des Systems zusammengeschossen worden. Das gleiche haben bei uns die Panzertruppen von Jaruzelski getan.

ddm: Was wird mit der verhafteten Solidarnosc-Führung?

xy: Das Regime liebt keine Märtyrer. Man wird die meisten Gewerkschaftler lautlos vernichten, psychisch und vielleicht auch physisch. Prominentere unter ihnen wird man umzudrehen suchen. Mit Versprechungen und Nötigungen. Und mit dem Argument, dass es gelte, Schlimmeres zu verhüten.

ddm: Und Walesa selbst?

xy: Das ist ein dramatisches Kapitel. Man hat ihn sofort verhaftet und per Militärflugzeug nach Warschau verbracht, zur Sonderbehandlung durch den Sicherheitsdienst in eine spezielle «Villa».

Der Kommentar

Auf das Kriegsrecht in Polen schalteten westliche Politiker überaus rasch mit der Versicherung, dass sie sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten einmischen wollten, und dass andere (gemeint die Sowjets) es auch so halten sollten. Eine niedliche Reaktion. Als ob das, was in Polen «passiert» war, etwas anderes gewesen wäre als eine sowjetische Einmischung.

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt formulierte seinen angepassten Wunsch gleich noch auf einer gemeinsamen Plattform mit dem SED-Chef Erich Honecker in der DDR. «Die Polen sollen ihre Probleme unter sich regeln.» Das genau zu dem Zeitpunkt, als die Polen aufgehört hatten, ihre Probleme unter sich zu regeln. Dabei weiss dieser Politiker ebensogut wie die andern Mitglieder seiner Regierungsmannschaft und wie seine Kollegen in andern westlichen Ländern,

- dass die Aktion der polnischen Armee vom 13. Dezember auf Befehl der Sowjetunion erfolgt ist und vom sowjetischen Sicherheitsdienst KGB ganz direkt beaufsichtigt wird;

- dass es aufgrund der Vereinbarungen des Warschauer Paktes isolierte Aktionen der Streitkräfte gar nicht geben kann.

Die Fiktion der «polnischen Regelung» ist freilich die bequemste Lösung, um die westliche Entspannungspolitik zu retten und möglichst rasch zur Tagesordnung überzugehen, als ob nichts geschehen sei. Die Wahrheit sieht zwar anders aus, aber sie anzusprechen, wäre politisch zu gefährlich.

Im übrigen berücksichtigt der Westen auch seine wirtschaftlichen Interessen, die bereits massgeblich mit einem sowjetisch kontrollierten Osten liiert sind. Da ist etwa der Erdgas-Transit über Polen. Man will ihn schliesslich ausbauen und nicht gefährden. Da lässt sich ein Blutbad unter schlesischen Bergarbeitern leichter übersehen,

ddm: Was bedeutet das?

xy: Walesa hat viele Kinder, und seine Frau ist schwanger. Mit seiner Familie erpresst man ihn.

ddm: Wozu?

xy: Sie wollen von ihm eine Radio- und Fernseh-Erklärung zugunsten der Junta. Deswegen hat man an der TV schon einen Doppelgänger gezeigt und von angeblichen «Verhandlungen» zwischen Walesa und dem Militärtrat gesprochen.

ddm: Es stimmt also, dass es ein Doppelgänger war?

xy: Aber klar. Walesa ist von kleinerer Gestalt und hat andere Gesichtszüge. Den Auftritt glaubt in Polen niemand. Man wird sich alle denkbare psychologische und medikamentöse Mühe geben, den wirklichen Walesa vor die TV-Kamera zu bringen, damit er dort zur Versöhnung aufruft, d. h. zur Unterwerfung. ■

wenn man ihn als innerpolnische Angelegenheit deklariert, in die man sich vornehmerweise nicht einmischen will.

Zu den wirtschaftlichen Verflechtungen gehören auch die polnischen Schulden. Nehmen wir wiederum das deutsche Beispiel. Unter Gierек hat Polen allein in der Bundesrepublik rund 13,5 Milliarden DM an Krediten aufgenommen. Der grössere Teil davon ist von der Bundesregierung über Hermes-Bürgschaften abgesichert; dafür muss der deutsche Steuerzahler aufkommen. Damit ist das Politikum gegeben. Führende Politiker hatten sich persönlich für die Kredite eingesetzt, an denen Polen bankrott gegangen ist.

In Polen wiederum konnten weder Gierек noch Jaroszewicz (sein Ministerpräsident) die Kredite aus eigenem Antrieb aufnehmen. Das gesamte Geld aus dem Ausland beläuft sich auf etwa 61 Milliarden DM (60 Milliarden Dollar). Es ist nicht einfach verschwunden. Und es hat sich nie einfach um eine rein polnische Angelegenheit gehandelt. Gierек hatte die Kredite im Auftrag des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe oder Comecon, die Wirtschaftsgemeinschaft des Ostblocks) aufgenommen. Es waren die beiden RGW-Banken IBZW (Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und IIB (Internationale Investitionsbank), die durch Gierекs Vermittlung ihre grossen Bestellungen aus dem Westen auf Kredit durchführten. Die polnische Wirtschaft hatte damit kaum etwas zu tun. Die RGW-Projekte waren lediglich zu einem Bruchteil überhaupt auf dem polnischen Territorium daheim.

Somit ist die Rückzahlung der Schulden eigentlich gar nicht die Sache der Polen, sondern des RGW und des Gosplan-Chefs Nikolaj Bajbakow. Aber diese Problematik will der Westen am liebsten gar nicht erst zur Sprache bringen. Er zieht es vor, die letzten Reserven aus Polen auszupressen oder — falls das nicht mehr geht — den gutmütigen Wohltäter zu spielen als dem Moskauer Auftraggeber der Kreditaufnahmen Gierекs die Rechnung auf den Tisch zu legen. Denn Breschnew ist zu mächtig, um sich mahnen zu lassen. Da soll lieber der westliche Steuerzahler dran glauben. An die «polnischen Schulden» wie an die «polnische Lösung». gd